



## **Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

### **Einladung an die demokratischen Parteien in Thüringen**

**Landesvorstand  
von CDU, DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Gr., FDP  
sowie Piratenpartei und Freie Wähler**

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
in Vorbereitung auf die Wahlen von Landräten und Bürgermeistern am 22. April 2012 veranstaltet  
die Bürgerallianz eine zentrale Veranstaltung**

**am 27.03.2012 um 18 Uhr**

**in Ichtershausen am Lindenplatz in der „Veranstaltungsscheune“.**

**Hauptthema dieser Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Parteien ist das Volksbegehren  
„Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“.**

Die Bürgerallianz als Dachverband von über 100 Thüringer Bürgerinitiativen möchte mit dieser öffentlichen Veranstaltung erreichen, dass die Parteien deutlich Stellung beziehen zum angestrebten aktuellen Volksbegehren. Bestehende Fragen zum Gesetzentwurf werden erklärt. Auch zum Antrag der Landesregierung für ein Verbot des Volksbegehrens, erwarten wir eine politische Bewertung durch die Parteien.

**Welche grundsätzlichen Positionen werden eingenommen, um das praktizierte Unrecht zu beseitigen?  
Wie wird die aktuelle Rechtslage bewertet?**

Die Übergabe unserer Stellungnahme zum Verbotantrag der Landesregierung an den Thüringer Verfassungsgerichtshof ist am 13.03.2012 in Weimar erfolgt. Wir Einreicher sind überzeugt, dass der von der Landesregierung beauftragte und aus Steuermitteln bezahlte Professor M. Brenner mit seinen formulierten Begründungen gegen das Volksbegehren keinen Erfolg haben wird. Seine Auslegungen der bestehenden Gesetze sind überwiegend nicht akzeptabel. Unsere Stellungnahme dagegen zeigt in allen wichtigen Punkten, dass das Volksbegehren im Rahmen der Verfassung durchgeführt werden kann. Wären die Argumente des Professors richtig, so könnten niemals Volksbegehren durchgeführt werden. Noch ist Zeit für die Landesregierung ihren Widerstand gegen den Gesetzentwurf des Volksbegehrens aufzugeben und durch vernünftige Entscheidungen für Gerechtigkeit bei Kommunalabgaben selbst zu sorgen. Wir sind überzeugt, dass die Richter am Verfassungsgerichtshof ihre Unabhängigkeit nutzen werden und die Möglichkeiten der Anwendung von Volksbegehren in Thüringen nachhaltig sichern.

Im Ergebnis der Veranstaltung beabsichtigen wir eine Wahlempfehlung für den 22. 04.12 herauszugeben, weil Landräte und Bürgermeister erheblichen politischen Einfluss ausüben können. Wir meinen, wer sich nicht für die Abschaffung der Zwangsbeiträge ausspricht, sollte nicht gewählt werden!

Aus organisatorischen Gründen bitte ich um Mitteilung bis 26.03.2012 um 12 Uhr, welcher Politiker Ihrer Partei an der Veranstaltung teilnimmt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Peter Hammen (16.03.2012)  
Vertrauensperson Volksbegehren / Landesvorsitzender BA